

# Übersichten

Juni 2001

## Außenpolitik

### 1 „Shanghai Cooperation Organisation“ aus der Taufe gehoben

Während des sechsten Treffens der Staatsoberhäupter der 1996 in Shanghai gegründeten so genannten *Shanghai Five*, wurden Mitte Juni, wiederum in Shanghai, die notwendigen Dokumente unterzeichnet, die aus dieser lockeren Gruppierung eine neue Regionalorganisation unter der Bezeichnung „Shanghai Cooperation Organisation“ (SCO) werden lässt.

In einer gemeinsamen Gründungsdeklaration beschlossen die Volksrepublik China, Russland, Kirgistan, Kasachstan, Tadschikistan sowie Usbekistan als neu in den Kreis aufgenommenes Land, ihrer regionalen und internationalen Kooperation, auf der Basis der während der vergangenen fünf Jahre im Rahmen des Mechanismus der *Shanghai Five* gewonnenen Erfahrungen, einen festeren institutionellen Rahmen zu geben. Unter dem gemeinsamen Dach der SCO verstehen es die Mitgliedsstaaten als ihre vordringliche Aufgabe, gegensei-

tiges Vertrauen und gutnachbarliche Beziehungen zu stärken, die Kooperation auf den Gebieten Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, Kultur, Bildung, Energie, Kommunikation und Umweltschutz zu intensivieren.

Aus der Initiative, die im April 1996 die Staatsoberhäupter der *Shanghai Five* erstmals in Shanghai zusammengeführt hatte, um über vertrauensbildende Maßnahmen entlang der mehr als 7.000 km langen gemeinsamen Grenzen zu diskutieren, ist so eine eigenständige Regionalorganisation für Zentralasien mit umfassender Aufgabenstellung entstanden. Standen in der Anfangsphase die gegenseitige potenzielle militärische Bedrohung und ungelöste Fragen des Grenzverlaufs im Mittelpunkt der Gespräche und konnte 1997 in Moskau eine Vereinbarung über die Reduzierung der militärischen Kapazitäten im gemeinsamen Grenzgebiet erreicht werden, so trat auch die ökonomische Kooperation in dieser an Bodenschätzen reichen Region zunehmend in den Vordergrund.

le Mitgliedsstaaten der neuen Organisation von radikalen islamistischen Kräften, die – unterstützt nicht zuletzt von den afghanischen Taliban – die bestehenden säkularen Regimes durch streng moslemisch ausgerichtete ersetzen wollen. Dabei stünden aufgrund grenzüberschreitender Siedlungsräume der Ethnien Zentralasiens auch die regionale Stabilität der Region und nicht zuletzt die gegenwärtigen Staatsgrenzen zur Disposition.

Um dieser von allen Teilnehmerstaaten antizipierten Bedrohung effektiv entgegenzuwirken, wurde von den Außenministern ein Vertragswerk unterzeichnet, das als juristische Grundlage für zukünftige gemeinsame und grenzüberschreitende Aktivitäten auf diesem Gebiet fungieren soll. In diesem Vertrag ist auch die Einrichtung eines Antiterror-Zentrums der Organisation geregelt, über dessen Gründung man schon vor Jahresfrist beim letzten Treffen der *Shanghai Five* Übereinkunft erzielt hatte. Mit Hilfe dieses Zentrums, als dessen Standort die kirgisische Hauptstadt Bishkek vorgese-



Größte Priorität soll allerdings nach wie vor die gemeinsame Wahrung von Frieden und Stabilität in der Region genießen. Wie bereits im Rahmen der Zusammenarbeit der *Shanghai Five* soll hierbei die konsequente Bekämpfung der „drei Ismen“, Terrorismus, Extremismus und Separatismus, eine der wesentlichsten gemeinsamen Aufgaben bilden. Bedroht sehen sich al-

hen ist, will die neue zwischenstaatliche Organisation den gemeinsamen Kampf gegen die „drei Ismen“, gegen den illegalen grenzüberschreitenden Handel mit Waffen und Narkotika, die illegale Immigration sowie andere Formen der Kriminalität in Zentralasien koordinieren.

In diesem Zusammenhang erklärte insbesondere auch China bereits im Vorfeld des diesjährigen Treffens, es sei darauf vorbereitet, Kirgistan militärische Hilfe zu leisten, falls islamische Terroristen in den kleinen westlichen Nachbarstaat einmarschieren sollten. China wird noch im Laufe dieses Jahres unentgeltlich militärische Ausrüstung mit einem Wert von umgerechnet ca. einer Mio. US\$ an Kirgistan liefern.

Aus chinesischer Sicht dient die neue Organisation neben der Abwehr der islamistischen Bedrohung auf dem eigenen Territorium, namentlich der Autonomen Region Xinjiang, auch weiteren Zielen. Es handelt sich dabei auch um einen weiteren Versuch, regionale Allianzen zu schmieden, um auf internationaler Ebene die Dominanz der USA zu brechen und einer aus chinesischer Sicht demokratischeren und gerechteren multipolaren Weltordnung den Weg zu bereiten. Hier sieht sich Beijing einig mit Moskau, wo ähnliche Motive die Grundlage des Engagements in der einst zur Sowjetunion gehörenden Region Zentralasien bilden. Beispielsweise sprachen sich alle Teilnehmer des Gründungstreffens einhellig gegen „die Pläne einiger Staaten“ aus, ein Raketenschutzschild zu installieren.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet gilt es sowohl aus russischer als auch aus chinesischer Sicht, den aufgrund umfangreicher während der letzten Jahre getätigter Investitionen bereits starken Einfluss der USA und auch westeuropäischer Länder in der bodenschatzreichen Region etwas entgegenzuhalten. Der wirtschaftliche Erfolg und damit auch die innere politische Stabilität Chinas wird zukünftig noch stärker davon abhängen, wie gut es der Regierung gelingen wird, auch ausländische Energie und Rohstoffressourcen zu erschließen, um das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums im eigenen Lande aufrechtzuerhalten. Die zentralasiatischen Republiken bilden hierbei eine wichtige Region innerhalb dieser Strategie.

Auch andere Staaten wollen hier allerdings nicht außen vor bleiben. So hat beispielsweise auch Indien bereits Interesse an einer Aufnahme in die Organisation geäußert, wurde allerdings ebenso wie Pakistan und die Mongo-

lei vorerst abschlägig beschieden. Regularien zur Erweiterung um weitere Mitgliedsstaaten sollen von einem Koordinierungsgremium erst noch ausgearbeitet werden. Allerdings dürfte insbesondere China jedoch kaum Interesse an einer Mitgliedschaft gerade Indiens haben, da dadurch sein eigenes Gewicht in der Organisation zweifellos abnehme. Indien könnte sich innerhalb der SCO als Störfaktor im Verhältnis zu Russland erweisen. Nicht zuletzt könnte eine Mitgliedschaft Indiens die von China massiv geförderten Pläne zur Ausrufung einer atomwaffenfreien Zone Zentralasien stören.

So ambitioniert die Ziele der gerade gegründeten Organisation auch sein mögen, so zeichnen sich doch auch bereits erste Spannungen in ihrem Innern ab. Ebenso wie China und Russland den US-Einfluss in der Region einschränken wollen, stehen die zentralasiatischen Staaten auch einer zu ausgeprägten russischen und chinesischen Dominanz gegenüber. Bestandteil der gemeinsamen Gründungsdeklaration der SCO ist denn auch ein Passus, der besagt, dass kein Mitgliedsstaat militärische Dominanz in aneinander grenzenden Regionen anstreben werde. Auch das Interesse Indiens steht auf politischer und strategischer Ebene im direkten Zusammenhang damit, dass man in Delhi einen einseitig wachsenden Einfluss Chinas in dieser wichtigen Region durch eigene Partizipation entgegenwirken möchte.

Nicht zuletzt an der Frage welche Staaten der als grundsätzlich offen für neue Mitglieder deklarierten Organisation zukünftig beitreten werden, wird daher wohl erkennbar werden, in welchem Grad es den ursprünglichen Initiatoren China und Russland gelingen kann, die subtile Vorherrschaft in dem neuen, ein Viertel der Fläche der Erde umfassenden Gebilde aufrechtzuerhalten. (Kyodo News Service, 12.6.01, nach BBC PF, 13.6.01; ITAR-TASS, 13.6.01, nach BBC PF, 15.6.01; ITAR-TASS, 18.6.01, nach BBC PF, 20.6.01; XNA, 16.6., 17.6.01; JFJB online, 11.6.01, nach FBIS, 13.6.01; Xinhua, 15.6.01, nach BBC PF, 17.6.01; Xinhua, 15.6.01, nach BBC PF, 16.6.01; IHT, 16.6.01; WSJ, 15.6., 18.6.01; Usbekisches Radio, 15.6.01, nach BBC PF, 16.6.01) -kg-

## 2 Strikte Ablehnung einer Trennung von Armee und Partei

In engem Zusammenhang mit dem 80. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas wird in China öffentlich und in aller epischen Breite der Schulterchluss zwischen Partei und Armee zelebriert. Dabei scheint dieser heute auch in der Volksrepublik nicht mehr völlig unangefochten zu sein. Im Mai und im Juni wurde in der Internetausgabe der chinesischen Armeezeitung *Jiefangjun Bao* unter Berufung auf Mao Zedong und Jiang Zemin die Unabdingbarkeit der Führung der Armee durch die KPCh postuliert.

Dazu wurde auch die von Jiang Zemin geschaffene „Theorie der dreifachen Repräsentation“ bemüht (vgl. dazu C.a., 2000/04, Ü 14). Danach repräsentiert die KP in China zugleich die Entwicklungserfordernisse der hoch entwickelten gesellschaftlichen Produktivkräfte, den fortschrittlichen Kurs der hoch entwickelten chinesischen Kultur sowie die fundamentalen Interessen des chinesischen Volkes. Die Natur der KPCh ist demnach eine fortschrittliche. Als solchermaßen fortschrittliche Kraft muss sie auch nach wie vor die uneingeschränkte Führung über die Armee ausüben.

Welche katastrophalen Folgen ein Abgehen von dem Führungsanspruch der KP über die Armee zeitigen würde, demonstrierte Jiang Zemin anhand zweier historischer Beispiele. Die auf der Basis einer militärischen Hausmacht gründende Erpressung der Parteiführung durch Zhang Guotao, ihm die persönliche Macht über die Armee einzuräumen, hätte während des Langen Marsches die bekannten Folgen gehabt. Das Beispiel Lin Biaos wurde als ebenso katastrophaler Gegenpol angeführt. Lin hätte propagiert, die Armee solle die Partei regieren, und hätte letztlich nur seine Gefolgsleute in der Armee um sich geschart, um einen bewaffneten Staatsstreich durchzuführen. Abseits dieser beiden Extreme, die jeweils erhebliche Schäden für Partei, Staat und Volk nach sich gezogen hätten, bleibe letztlich nur die Herrschaft der Partei über die Armee.

Den Hintergrund für diese ideologischen Verrenkungen bietet offensicht-

lich eine Diskussion um eine „Nationalisierung“ der Streitkräfte, die auch in China aufkeimt. Derartige Diskussionen werden jedoch durch „feindliche westliche Kräfte“ geschürt, deren „niedere Beweggründe“ letztlich allein darauf ausgerichtet sein, eine „Verwestlichung und Spaltung Chinas“ herbeizuführen. Die vom Westen nach China hineingetragenen Forderungen nach einer Armee ohne Parteiverbindungen, einer unpolitischen und „nationalisierten“ Armee seien „drei vergiftete Schwerter“, mit denen die westlichen feindlichen Kräfte versuchten, die KPCh ihrer absoluten Herrschaft über die Armee und ihrer Führungsposition ebenso zu berauben wie China seines sozialistischen Charakters und die chinesischen Streitkräfte ihres politischen Wesens.

Der Argumentation der *Jiefangjun Bao* zufolge handle es sich auch im so genannten Westen keineswegs um Armeen ohne enge Anbindung an eine Partei. Begründet wird dies folgendermaßen: Staatschefs westlicher Staaten seien in der Regel auch Führer ihrer jeweiligen Parteien. Durch die Gefehls Gewalt des Regierungsoberhauptes über die Armee stehe diese letztlich auch dort unter dem Befehl einer Partei. Da es sich bei westlichen kapitalistischen Parteien ausnahmslos um bürgerliche Parteien handle, bleibe die jeweilige Armee auch bei einem durch Wahlen herbeigeführten Regierungswechsel letztlich immer unter der Herrschaft einer bürgerlichen Partei. Auch seien westliche Armeen, auch wenn sie sich aus dem politischen Wettbewerb zwischen den bürgerlichen Parteien ihres Landes heraushielten, keineswegs unpolitisch. Vielmehr seien sie aufgrund des bourgeoisen Charakters aller politischen Parteien, die sich in der Regierung abwechselten, letztlich Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie – also Armee einer Klasse.

Während eine Partei das politische Organ einer Klasse sei, sei die Armee das bewaffnete Organ der jeweiligen Klasse und somit folgerichtig das Instrument zur Ausführung der politischen Aufgaben der Partei und zum Schutz der Interessen der Klasse. Wenn eine Armee sich von der politischen Führung der politischen Partei ihrer Klasse entferne, werde sie zu einer entfremdeten, von ihrer Klasse se-

parierten Kraft. Diejenigen feindlichen westlichen Kräfte, die nun die Aufgabe der Anbindung der chinesischen Armee an die KP forderten, wollten sie nur zu „nicht-kommunistischen“ Streitkräften im Dienste einer „bürgerlichen Liberalisierung“ machen.

Mit den Worten Jiang Zemin ausgedrückt, bedeutet das: „Eine Hand voll Personen mit niederen Beweggründen im In- und Ausland predigen 'Nationalisierung der Streitkräfte' und versuchen damit im Kern, ein Abgehen unserer Armee von der Führung durch die Partei zu erreichen. Wir müssen wachsam gegenüber solchen Argumenten sein und eine deutliche ablehnende und kritische Position dagegen einnehmen.“

Den Grund für diese deutlichen Worte nennt die *Jiefangjun Bao* unverblümt selbst: „Verliert die Partei die Führung über die Armee, so bedeutet dies zugleich sowohl den Verlust der wichtigsten Bedingung für die Regierung des Landes als auch ihrer Stellung als regierende Partei.“ (JFJB online, 18.4.01, nach FBIS, 18.5.01; JFJB online, 6.6.01, nach FBIS, 11.6.01; XNA, 21.6.01) -kg-

### 3 Chinesischer Vorstoß gegen Weltraumrüstung

Auf der Plenarsitzung der Genfer Abrüstungskonferenz am 7. Juni unterbreitete der chinesische Unterhändler Xu Xiaodi den Diplomaten der anderen 65 teilnehmenden Nationen ein Arbeitspapier, das nach dem Willen Chinas als Grundlage einer zukünftigen Konvention gegen die Aufrüstung im Weltraum dienen soll. Xu beantragte für die VR China, die chinesische Vorlage mit dem Titel „Possible Elements of the Future International Legal Instrument on the Prevention of the Weaponization of Outer Space“ möge als offizielles Dokument der Abrüstungskonferenz eingestuft werden. China unternimmt damit einen erneuten Vorstoß gegen die amerikanischen Pläne für ein Raketenabwehrsystem auf internationaler Bühne.

China befürchtet von den Plänen der US-Regierung neben der empfindlichen Störung der internationalen Stabilität, den Beginn eines neuen Wettrennens nicht zuletzt im Weltraum. Als Begründung für den Zeitpunkt der

Einbringung des chinesischen Arbeitspapiers wurde von chinesischer Seite genannt, dass die amerikanischen Experten bereits im Januar des Jahres zu dem Schluss gekommen waren, die USA hätten erhebliche nationale Interessen im Weltraum zu verteidigen, die von dort stationierten Wetter- und Kommunikationssatelliten bis hin zu militärischer Überwachung reichten. Ebenfalls im Januar war in den USA ein virtuelles Manöver durchgeführt worden, das eine militärische Auseinandersetzung im Weltraum simulierte. Darin enthalten war der fiktive Einsatz sowohl von Anti-Satelliten-Waffen, strategischen Raketenabwehrsystemen als auch landgestützten Laserwaffen.

Das chinesische Papier enthält daher neben der Forderung nach dem Verbot der Stationierung, der Nutzung und auch des Testens von Waffensystemen im Weltraum auch Passagen, die land- und wassergestützte Waffen für den Einsatz im Weltraum ächten. Nach den Worten des chinesischen Abrüstungsbotschafters in Genf werden Verhandlungen um die Beschränkung der Weltraumrüstung eher noch schwieriger ausfallen als in Hinsicht auf frühere Abrüstungsverträge, sobald derartige Waffensysteme erst einmal existierten und stationiert seien.

Zwar hat man auf Seiten der USA die Bereitschaft zu Gesprächen über Fragen des Weltraums signalisiert, die Chancen für eine Annahme des chinesischen Vorschlags sind jedoch äußerst gering, da die USA andererseits die Ansicht vertreten, die bestehenden internationalen Vertragswerke seien vollkommen ausreichend und daher bislang formelle Verhandlungen zu dieser Thematik ablehnen. (XNA, 8.6.01; IHT, 8.6.01; FT, 8.6.01; NZZ 8.6.01) -kg-

### 4 Dreiecksdiplomatie mit Russland

Am Rande des Treffens der „Shanghai Five“ trafen sich der russische Präsident Putin und der chinesische Präsident Jiang Zemin zu einer Unterredung. Zwar hieß es anschließend, das geplante Nationale Raketenabwehrsystem NMD der Vereinigten Staaten sei nur sehr kurz thematisiert worden, da regelmäßige Konsultationen zwi-

schon Russland und China zu strategischen Fragen stattfänden und man sich eins in der ablehnenden Haltung gegen diese Pläne Washingtons wisse. Dennoch dürfte NMD indirekt eine entscheidende Rolle in den Gesprächen gespielt haben, fanden diese doch unmittelbar im Vorfeld des ersten Treffens zwischen Putin und Bush am 16. Juni in Slovenien statt.

Einig ist man sich in Moskau in der Einschätzung, dass NMD die globale Sicherheit gefährde und nach chinesischer Ansicht zu einem neuen Wettrüsten führen könnte. Sowohl China als auch Moskau lehnen in diesem Zusammenhang eine Abänderung des ABM-Vertrages strikt ab. Anders als die VR China schlägt Russland jedoch ein auf der Abwehrkapazität taktischer Raketenwaffen basierendes Verteidigungssystem vor, das allen Staaten offen stehen soll. Eine Unterstützung solcher Alternativsysteme zum einseitigen nationalen System der USA ist allerdings kaum zu erwarten, da in Beijing die Befürchtung besteht, es könnte zum Schutz Taiwans auch vor der Volksrepublik genutzt werden.

Hier werden die unterschiedlichen nationalen Interessen Russlands und Chinas deutlich. So geht die Einigkeit zwischen beiden Staaten in dem Bemühen um eine Beschneidung der Machtfülle der USA denn auch keineswegs so weit, dass in absehbarer Zukunft mit einer Wiederbelebung des Militärbündnisses zwischen Beijing und Moskau zu rechnen wäre, wie es vor dem großen Bruch zwischen China und der Sowjetunion in den sechziger Jahren bestanden hatte.

Putins Besuch ist vielmehr Ausdruck einer Dreiecksdiplomatie, wie sie von den USA einst durch die Einbeziehung Chinas in den Ost-West-Gegensatz eingeführt worden war. Sollte damals im Kalten Krieg China ein zweites Gegengewicht gegen die Sowjetunion bilden, so sind es heute offensichtlich Russland und die Volksrepublik, die gemeinsam versuchen, der Vorherrschaft der USA entgegenzutreten.

Andererseits war Putin bei seinem Treffen mit Präsident Bush angesichts des angespannten Verhältnisses zwischen Beijing und Washington im Zuge des Flugzeugzwischenfalls vom April dieses Jahres offensichtlich auch

Chinas Botschafter des guten Willens. Bereits im Vorfeld seines Zusammen Treffens mit Bush betonte Putin, er sei überzeugt, China wolle – ebenso wie Russland – gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.

In einem bereits zuvor vereinbarten Telefonat informierte der russische Präsident Putin seinen chinesischen Amtskollegen über das vorangegangene Treffen mit George W. Bush. Jiang Zemin zeigte sich dabei sehr zufrieden, dass Putin bei seiner strikt ablehnenden Haltung gegenüber einer Änderung oder Aufkündigung des ABM-Vertrages geblieben war. China und Russland stimmten darin überein, dass dieses Vertragswerk einen Eckpfeiler der internationalen Sicherheit darstelle. (Xinhua, 14.6.01, nach BBC PF, 15.6.01; IHT, 15.6.01; WSJ, 15.6.01; Russia TV Channel, 15.6.01, nach BBC PF, 16.6.01; Xinhua, 18.6.01, nach BBC PF, 20.6.01) -kg-

## 5 Flugzeugkollision „ist Geschichte“

Nachdem bereits im Mai eine prinzipielle Einigung zwischen China und den USA über den Abtransport des nach einer Luftkollision mit einem chinesischen Abfangjäger auf der südchinesischen Insel Hainan notgelandeten US-Spionageflugzeugs erzielt worden war, konnten Einzelheiten der Zerlegung und des Abtransports in Einzelteilen Anfang Juni abschließend geklärt werden. Nach Prüfung durch eine vierköpfige Technikergruppe aus den USA kam man überein, dass die EP-3 in vier Teile zerlegt wird. Entsprechend der Belastbarkeit der Landebahn des Militärstützpunktes Lingshui auf Hainan, werden Rumpf, Heck und beide Tragflächen gemeinsam oder verteilt auf mehrere Flüge aus China ausgeflogen.

Am 16. Juni landete die von den USA über die mit dem Transport beauftragte Flugzeugfirma Lockheed Martin angemietete Antonov 124 der russischen Lufttransportfirma Polyot Air Cargo Ltd. in Hainan. Gleichzeitig begann die Zerlegung des amerikanischen Flugzeugs. Ein Abschluss der Arbeiten wird für den 11. Juli erwartet.

Wenn es nach dem erklärten Willen der chinesischen Regierung ginge, gehörte der Zwischenfall damit endgültig der Vergangenheit an. Auf verschiedenen Ebenen und über diverse Kanäle bemüht sich Beijing um Schadensbegrenzung und Normalisierung des gespannten Verhältnisses zu den USA. Bereits Anfang Juni hatte der chinesische Botschafter in Washington öffentlich erklärt, die Volksrepublik China hoffe, man werde nun in den bilateralen Beziehungen vorankommen, da der Konflikt um das amerikanische Spionageflugzeug praktisch beigelegt sei. Yang rief in diesem Zusammenhang dazu auf, in dieser Phase der Entwicklung insbesondere die Beziehungen auf Nichtregierungsebene zu intensivieren.

Bemerkenswert war auch die Stellungnahme Sun Yuxis, des Sprechers des chinesischen Außenministeriums, der am 14. Juni auf der Routinepressekonferenz zu verstärkten Kontakten auf höchster staatlicher Ebene zwischen den USA und China aufrief. Damit könnten gegenseitiges Verständnis und Vertrauen gebildet werden. China messe der Verbesserung der bilateralen Beziehungen große Bedeutung zu. Sie seien wichtig im Zusammenhang mit der Wahrung der Stabilität in der Region. Damit werden letztlich die Existenz antagonistischer Interessen beider Staaten im asiatisch-pazifischen Raum und zugleich die Einsicht in die Notwendigkeit eines Dialogs bestätigt.

Auch der russische Präsident Putin wurde für die Übermittlung des chinesischen Wunsches nach Normalisierung der Beziehungen zu den USA bemüht. Nach eigenen Angaben übermittelte er während seines Treffens mit George W. Bush in Ljubljana eine entsprechende Nachricht Jiang Zemin.

Der amerikanische Außenminister Powell suchte seinerseits Ende des Monats telefonischen Kontakt zu seinem chinesischen Amtskollegen Tang Jiaxuan. Tang versicherte angesichts des geplanten Zusammentreffens beider Außenminister im Juli in Hanoi, China hoffe auf Fortschritte hin zu einem konstruktiven und kooperativen Verhältnis zwischen beiden Staaten. Tang betonte, dass China den offiziellen Besuch des amerikanischen Präsi-

denen im Oktober in China wünsche und aktiv Vorbereitungen dafür treffe.

Erstmalig ging auch US-Außenminister Powell auf die chinesischen Avancen ein. Er erklärte mit Blick auf die diplomatische Krise rund um die Flugzeugkollision vom April und das bevorstehende Treffen mit Tang in Hanoi, „die unerwünschten Biegungen und Windungen in der Entwicklung der bilateralen Beziehungen gehören nunmehr der Geschichte an“. (AFP, 7.6.01, nach FBIS, 8.6.01; SCMP, 8.6., 9.6., 20.6.01; Xinhua, 14.6.01, nach BBC PF, 15.6.01; Xinhua, 16.6.01, nach BBC PF, 17.6.01; WSJ, 17.6.01; XNA, 8.6., 17.6., 29.6.01) -kg-

## 6 Militärmanöver und Rakentests beiderseits der Taiwan-Straße

In den Print- und Internetmedien Chinas bereits seit Ende Mai propagandistisch vorbereitet, fanden Mitte Juni mehrwöchige großangelegte chinesische Militärmanöver unter Beteiligung von Heer, Luftwaffe und Marine statt. Austragungsort dieser „Kriegsspiele“ war die Insel Dongshan vor der Küste Süd-Fujians. Die Insel, die ansonsten eher für ihre Spargelproduktion bekannt ist, war bereits 1996 in sehr gespannter Situation und in Verbindung mit lautem Säbelrasseln gegen Taiwan Schauplatz großer Militärübungen.

Während die chinesische Presse bereits im Vorfeld der diesjährigen Manöver sporadisch davon berichtete, die Übungen simulierten die Einnahme einer Insel sowie das Aufbringen eines Flugzeugträgers, um im Konfliktfall mit Taiwan auch gegen äußere Einmischung gewappnet zu sein, hielt man sich auf politischer Seite in China mit jeglicher Kommentierung auffallend zurück. Chinesische Regierungssprecher bezeichneten die Militärübungen als Routine und verwiesen auf die jährlich stattfindenden Manöver.

Auch von Seiten Taiwans wurde dem Ereignis offiziell wenig Bedeutung beigemessen. Aus militärischer Sicht, hieß es, ginge die eigentliche Bedrohung Taiwans nicht von derartigen Landmanövern, sondern vielmehr von den entlang der Küste Fujians stationierten Raketen aus. In den

ansonsten gegenüber derlei Ereignissen äußerst sensiblen Aktienkursen in Taiwan spiegelte sich keine erhöhte Spannung aufgrund der Militärmanöver wider.

Internationale Beobachter gehen daher davon aus, dass die Übungen unter der Beteiligung mehrerer 10.000 Mann eher innenpolitisch der Befriedung der einflussreichen Generäle der Volksbefreiungsarmee dienen sollten, denn einer Bedrohung Taiwans oder einer Provokation Washingtons. Dies gilt umso mehr, als George W. Bush trotz aller Spannungen, die zwischen der VR China und den USA um die Flugzeugkollision vom April, NMD und Waffenverkäufe an Taiwan bestehen, gerade erst die Meistbegünstigungsklausel im bilateralen Handel mit China um ein weiteres Jahr bzw. bis zum Beitritt Chinas zur WTO verlängerte.

Dennoch sind die Übungen zur Bekämpfung eines Flugzeugträgers trotz aller abwiegelnden Stellungnahmen sowohl aus Beijing als auch aus Washington und dem offiziellen Taiwan, ein deutliches Signal. In Reaktion auf chinesische Rakentests und Militärübungen im Vorfeld der ersten direkten Wahlen des Staatspräsidenten in Taiwan im März 1996, hatten die USA damals zwei Flugzeugträger in die Region entsandt. Man wollte offenbar zeigen, dass man auch mit der Intervention eines Drittstaates in der Taiwan-Straße durchaus fertig werde.

Auf taiwanischer Seite reagierte man – obwohl offiziell jede Verbindung mit den größten chinesischen Manövern seit 1996 geleugnet wurde – mit dem Abschuss mehrerer Abwehraketen vom Typ Patriot zu Testzwecken. 200 Stück der basierend auf dem Patriot-System weiterentwickelten amerikanischen Abwehraketen PAC-2 waren zwar schon 1993 gekauft, bislang jedoch auf taiwanischem Boden nie getestet worden. Von Pingdong (Pingtung) und einer Bergregion in der Nähe Taidongs (Taitung) aus wurden drei Raketen abgefeuert. Eine zerstörte erfolgreich eine anfliegende taiwanische Boden-Luft-Rakete des Typs Sky Bow, eine zweite ein ferngesteuertes Flugzeug.

Da die taiwanische Armee bei den Tests von amerikanischen Experten unterstützt wurde, sah sich das chine-

sische Außenministerium zu scharfem Protest herausgefordert. Zhang Qiyue, Sprecherin des Außenministeriums erklärte in diesem Zusammenhang auf einer Pressekonferenz am 21. Juni, die USA verletzen mit ihrer Hilfe bei den Tests in eklatanter Form die Bestimmungen der Sino-amerikanischen Gemeinsamen Kommuniqués. Die USA hätten mit ihrer Einmischung in die internen Angelegenheiten Chinas eingegriffen und die Souveränität der Volksrepublik verletzt. Zhang forderte in diesem Zusammenhang wiederholt ein Ende jeder militärischen Zusammenarbeit der USA mit Taiwan sowie einen sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen an die Insel. (FT, 1.6., 21.6.01; Central News Agency online, 1.6.01, nach BBC PF, 2.6.01; IHT, 1.6.01; NZZ, 2.6.; 14.6., 23.6.01; WSJ, 4.6., 20.6.01; DGB, 7.6.01, nach FBIS, 8.6.01; XNA, 22.6.01; *The Economist*, 9.6.01) -kg-

## 7 Kolumbien und Bolivien – Geschenke stützen die Freundschaft

Empfangen von Vizepräsident Hu Jintao versicherten sich der kolumbianische Vizepräsident Gustavo Bell Lemus und die chinesische Seite während eines offiziellen Besuchs des kolumbianischen Politikers Anfang Juni in Beijing gegenseitig der guten bilateralen Beziehungen. Neben gegenseitigen Bekundungen der Dankbarkeit für die Unterstützung durch das jeweils andere Land in internationalen Fragen und Worten des Lobes für den Gesprächspartner, war u.a. davon die Rede, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten seien über das Stadium einseitiger Lieferbeziehungen hinausgewachsen und seien nunmehr auch gekennzeichnet durch bilaterale Investitionstätigkeit. Bell Lemus lud China in diesem Zusammenhang dazu ein, mehr als bisher in seinem Land zu investieren und Kolumbien als Brückenkopf für den chinesischen Eintritt in den lateinamerikanischen Markt zu nutzen. Insbesondere mit letzterem Angebot steht Kolumbien jedoch keineswegs allein, auch Chile zeigte sich bereits interessiert an einer solchen Rolle. (Vgl. C.a., 2001/04, Ü 2)

Im Zusammenhang mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Globalisierung erinnerte Hu Jintao insbesondere an die großen Herausforderungen, die diese Entwicklung für die Entwicklungsländer bereithalte. In politischer Hinsicht sei unter den gegenwärtigen Bedingungen besonders das Prinzip der Gleichberechtigung aller souveränen Staaten von Bedeutung. Auch der Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates sei keineswegs veraltet. Vielmehr sollte er die Basis für Entwicklung einer neuen internationalen politischen und wirtschaftlichen Ordnung bilden. Bis zu einem Dank an Kolumbien für die Unterstützung Chinas in seinem Standpunkt zur Frage der Menschenrechte war es so ebenfalls nicht mehr weit.

Daneben versicherte sich China erneut der Haltung Kolumbiens gegenüber der Taiwan-Frage. Bell Lemus bekräftigte, sein Land halte unbeirrt an dem Ein-China-Prinzip fest. Nicht zuletzt finanzielle Unterstützung seitens der Volksrepublik China dürfe diese Haltung festigen. So wurde im Rahmen des Besuchs des kolumbianischen Vizepräsidenten denn auch eine Vereinbarung über nichtrückzahlbare Hilfen Chinas an die kolumbianische Regierung unterzeichnet.

Während derartige Geschenke im Falle Kolumbiens sicher die Freundschaft fördern, läuft offenbar Bolivien Gefahr zu einem unsicheren Kantonisten zu werden. Obwohl das lateinamerikanische Land diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China unterhält, existiert seit 1992 eine taiwanische Handelsmission in Bolivien. Bereits seit einiger Zeit buhlen die beiden chinesischen Kontrahenten verstärkt um die Gunst Boliviens und werfen sich gegenseitig Scheckbuchdiplomatie in ganz Lateinamerika vor.

Da man in Taiwan bereits mit dem Verlust der diplomatischen Vertretung in Mazedonien gerechnet hatte (vgl. Ü 8), wurden offensichtlich die Bemühungen um die Gunst Boliviens verstärkt. Nach Angaben aus Parlamentskreisen in Taiwan werden bereits seit längerer Zeit Gespräche mit der bolivianischen Regierung über die Aufnahme offizieller Beziehungen geführt. Den Kernpunkt der Gespräche bilde in diesem Zusammenhang

die Frage nach dem Umfang taiwanischer Finanzhilfen für den lateinamerikanischen Staat. (Xinhua, 6.6.01, nach FBIS, 8.6.01; Xinhua, 5.6.01, nach FBIS, 8.6.01; AFP, 11.6.01, nach FBIS, 12.6.01) -kg-

## 8 Erneut diplomatische Beziehungen zu Mazedonien

Am 12. Juni kündigte die mazedonische Regierung einseitig die Wiederherstellung normaler diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China an. Bereits zuvor hatte der mazedonische Premierminister Ljubco Georgievski den taiwanischen Außenminister Tien Hung-mao von der Möglichkeit dieses Schrittes unterrichtet. Von der chinesischen Regierung wurde die Ankündigung begrüßt. Diplomatische Beziehungen zwischen beiden Ländern hatten bereits einmal zwischen 1993 und Ende Januar 1999 bestanden (vgl. C.a., 1999/01, Ü 2). Seit der Unterzeichnung eines entsprechenden gemeinsamen Kommuniqués zwischen Mazedonien und Taiwan am 27. Januar 1999 waren aufgrund der diplomatischen Anerkennung Taiwans die normalen Beziehungen zur Volksrepublik China allerdings unterbrochen.

Offensichtlich im Zusammenhang mit Äußerungen aus Mazedonien im Zuge der erstmaligen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Balkanstaat und China 1993 eingehend, wandte man sich in Beijing nun kategorisch gegen jede Form so genannter doppelter Anerkennung – der diplomatischen Anerkennung sowohl der Volksrepublik China als auch Taiwans. 1993 hatte die damalige mazedonische Regierung verlautbaren lassen, dass sie am liebsten gleichzeitig Beziehungen zu beiden chinesischen Kontrahenten unterhalten würde.

Am 14. Juni hieß es in Beijing noch, die mazedonische Seite müsse zunächst aktiv die Anerkennung der diversen politischen Prinzipien bestätigen, die Bestandteil des gemeinsamen Kommuniqués über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen aus dem Jahr 1993 waren, bevor die Normalisierung besiegelt werden könne. Kern dieser Prinzipien bildet das so genannte Ein-China-Prinzip, das eine Anerkennung Taiwans ausschließt. Andere Vorbedingungen gebe es nicht,

hieß es weiter in Beijing. Ein Zeitpunkt für die Unterzeichnung eines neuen Kommuniqués über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen könne daher nicht genannt werden.

Überraschend schnell folgte die Unterzeichnung der notwendigen Dokumente durch die mazedonische Außenministerin Ilinka Mitreva und ihren chinesischen Amtskollegen Tang Jiaxuan dann jedoch bereits am 18. Juni in Beijing. Die öffentliche Bekanntgabe der Aufkündigung der diplomatischen Beziehungen zu Mazedonien seitens der taiwanischen Regierung am selben Tag war damit nur noch ein formaler Schritt. Taiwan beschuldigte Beijing in diesem Zusammenhang der Erpressung Mazedoniens.

In einem Gespräch mit Mitreva kündigte Ministerpräsident Zhu Rongji am folgenden Tag die schnellstmögliche Reaktivierung der Zusammenarbeit mit Mazedonien auf den verschiedensten Gebieten an. China werde zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Handels- und Wirtschaftsdelegation nach Mazedonien entsenden und sei gewillt, die Kooperation auf wirtschaftlichem Gebiet voranzutreiben. Zugleich hieß es jedoch aus Beijing, die chinesische Regierung habe in der Vergangenheit niemals „Geld-Diplomatie“ betrieben und werde dies auch zukünftig nicht tun.

Taiwan hatte Mazedonien 1999 im Vorfeld der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Balkanstaat ursprünglich sofortige Finanzhilfen in Höhe von 300 Mio. US\$ sowie zusätzlich langfristige Hilfen im Umfang von mehr als 1 Mrd. US\$ versprochen. Tatsächlich flossen seither jedoch nur 20 Mio. US\$ taiwanische Direktinvestitionen sowie Kredite und technische Unterstützung im Umfang von etwa 150 Mio. US\$ nach Mazedonien.

Zusätzlich erleichtert wurde Mazedonien der Wechsel auf die Seite der Volksrepublik China durch die Tatsache, dass Premierminister Georgievski aus innenpolitischen Gründen gezwungen war, prochinesische politische Kräfte in seine neue Regierung der nationalen Einheit aufzunehmen. (AFP, 11.6.01, nach FBIS, 12.6.01; Macedonian Radio, 12.6.01, nach BBC PF, 13.6.01; China National Radio Taiwan Service, 15.6.01, nach BBC

PF, 16.6.01; Xinhua, 18.6.01, nach BBC PF, 20.6.01; Xinhua, 19.6.01, nach BBC PF, 20.6.01; IHT, 19.6.01) -kg-

## 9 WTO-Poker mit Mexiko

Anfang Juni hielt sich der mexikanische Präsident Vincente Fox Quesada zu einem offiziellen Besuch in China auf. In Gesprächen traf er auf die gesamte chinesische Regierungsprominenz von Zhu Rongji über Jiang Zemin bis hin zu Li Peng. Beide Seiten würdigten den Fortschritt in den bilateralen Beziehungen seit der Etablierung diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern im Jahr 1972. China dankte für die Haltung Mexikos hinsichtlich der Frage der Menschenrechte, die nach den Worten von Präsident Fox durch eine nicht konfrontative Politik gekennzeichnet ist.

Fox vertrat die Ansicht, die Erfolge Chinas stellten keinerlei Bedrohung für die Welt dar. Im Gegenteil nutze sowohl Mexiko als auch die ganze Welt die schnelle Entwicklung Chinas. Aus chinesischer Sicht dürfte dies als ein erneuter Beleg dafür gewertet werden, dass die USA mit ihrer Politik, die Volksrepublik als potenziellen Gegner anzusehen, international isoliert sind.

Im Rahmen des Staatsbesuchs wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen den Obersten Staatsanwaltschaften beider Staaten unterzeichnet, die auf chinesischen Wunsch zustande gekommen war. Damit werden strafrechtliche Ermittlungen zwischen beiden Ländern ermöglicht.

Im Mittelpunkt des Besuchs dürfte jedoch die zwischen Mexiko und der VRCh immer noch ungeklärten Fragen im Zusammenhang mit Chinas Beitritt zur WTO gestanden haben. Mexiko ist das einzige WTO-Mitglied, das bislang keine bilaterale Handelsvereinbarung mit China unterzeichnet hat. Mexiko ist ganz erheblich am Export von landwirtschaftlichen Produkten, Fisch, verschiedenen Rohmaterialien einschließlich Zements, chemischer Produkte, Glaswaren usw. nach China interessiert. Wichtigster Streitpunkt ist jedoch die Frage möglicher Bestrafungen für Vertragsverletzungen. Fox signalisierte nun eine flexiblere Haltung Mexikos.

Berichte darüber, dass Mexiko bereit wäre, den Beitritt Chinas in die WTO auch ohne vorherigen Abschluss eines bilateralen Handelsabkommens zuzulassen, wie von Xinhua gemeldet, dementierte eine Sprecherin des mexikanischen Präsidenten hingegen.

Long Yongtu, chinesischer Chefhändler in dieser Sache, wird mit den Worten zitiert, dass China in den WTO-Gesprächen mit Mexiko kaum vorangekommen sei.

Am Rande des APEC-Treffens in Shanghai wurde zwischen Außenhandelsminister Shi Guangsheng und dem mexikanischen Wirtschaftsminister Debrez vereinbart, dass letzterer im Juli zu einer weiteren Gesprächsrunde erneut nach China reisen wird. Auf der Ebene der Staatssekretäre wurden die Verhandlungen bereits Ende Juni aufgenommen, nachdem sie seit letztem November unterbrochen gewesen waren. Der Grund hierfür waren damals die Wahlen in Mexiko sowie die Bildung der Regierung unter Präsident Fox, deren Abschluss man abwarten wollte. (Xinhua, 6.6.01, nach BBC PF, 8.6.01; ZXS, 7.6.01, nach BBC PF, 8.6.01; Xinhua, 7.6.01, nach FBIS, 11.6.01; AFP, 6.6.01, nach FBIS, 7.6.01; AFP, 7.6.01, nach FBIS, 8.6.01; AFP, 8.6.01, nach FBIS, 8.6.01) -kg-

## 10 Drittes Asia-Europe Meeting (ASEM) der Außenminister in Beijing

Bereits Ende Mai trafen sich unter dem Vorsitz des chinesischen Außenministers Tang Jiaxuan in Beijing 10 asiatische und 15 europäische Außenminister (der EU-Mitgliedsstaaten) sowie der EU-Kommissar für Außenbeziehungen und ehemalige Gouverneur von Hongkong, Chris Patten.

Zu den 10 asiatischen Teilnehmern gehören neben sieben ASEAN-Staaten Korea, Japan und China. Von den 10 ASEAN-Mitgliedsländern fehlten die erst in den letzten Jahren in den südostasiatischen Staatenbund aufgenommenen Länder Laos, Kambodscha und Myanmar. Die Europäer haben aufgrund zahlreicher Menschenrechtsverletzungen Vorbehalte gegen eine Aufnahme dieser drei. Ihre ablehnende Haltung richtet sich insbesondere gegen das Militärregime in Myanmar.

Die Teilnehmer dieses dritten ASEM-Außenministertreffens zogen eine durchweg positive Bilanz. Im Chairman's Statement ist von einer Ausweitung des politischen Dialogs die Rede. Die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, finanziellen, wissenschaftlichen, technologischen, Umwelt- und Ausbildungssektor soll intensiviert werden. Bei der Bekämpfung transnationaler Verbrechen, hier ist insbesondere der Menschenhandel und der Rauschgiftschmuggel gemeint, wollen die ASEM-Partner enger kooperieren. Bezugnehmend auf die Millenniumsdeklaration der Vereinten Nationen, wird eine Stärkung der UNO ausdrücklich hervorgehoben. Die ASEM-Mitglieder wollen sich künftig vor Sitzungen der Generalversammlung „auf angemessener Ebene“ aufeinander abstimmen.

Sowohl Präsident Jiang Zemin als auch Premierminister Zhu Rongji traten als Redner auf. Jiang bezeichnete das ASEM als Vorbild für interkontinentale Beziehungen, das den Austausch zwischen unterschiedlichen Kulturen fördern könne. Das ASEM könne sogar dazu dienen, eine gerechtere internationale politische und wirtschaftliche Ordnung zu schaffen. Er sprach – offenbar mit Blick auf die USA – von einem derzeit herrschenden Demokratiedefizit in den internationalen Beziehungen, das es zu korrigieren gelte.

Auffällig war die Beschäftigung mit jüngsten US-amerikanischen Initiativen. China setzte sich dafür ein, in die Abschlusserklärung einen Passus aufzunehmen, in dem die Beibehaltung des ABM-Vertrages gefordert wird. Das wurde als Attacke auf die amerikanischen Ambitionen gewertet, ein neues Raketenabwehrsystem zu installieren. Die Europäer lehnten diesen Vorstoß deshalb auch aus Rücksicht auf die USA ab. Die Bedeutung des Klimaschutzabkommens von Kyoto, von dem sich die Amerikaner kürzlich einseitig distanziert hatten, wurde hingegen ausdrücklich und einvernehmlich unterstrichen.

Eine der wichtigsten Funktionen des ASEM ist es, weitgehend informelle, bilaterale Gespräche zu ermöglichen. So traf sich am Rande der ASEM-Veranstaltung Joschka Fischer mit seinem chinesischen Amtskollegen Tang Jiaxuan. Fischer kritisiert

te die Einschränkung der Religionsfreiheit sowie die Todesstrafe in der Volksrepublik und regte eine Ausweitung des deutsch-chinesischen Dialogs über Rechtsstaatlichkeit an. In diesem Zusammenhang äußerte er, dass eine Verbesserung der Menschenrechtslage in China einen positiven Effekt auf die laufende Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele in Beijing im Jahre 2008 haben würde. Die Beziehungen zwischen Deutschland und China sind – nach Aussagen Fischers – insgesamt gut, was u.a. an der großen Anzahl diplomatischer Kontakte abzulesen sei. (FAZ, 26.5.01; HB, 21.5.01; Chairman's Statement, Third ASEM Foreign Minister's Meeting, nach XNA, 27.5.01; BBC PF, 25.5., 28.5.01; XNA, 25.5.01) -kg/A. Ufen-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 11 Schwieriger Balanceakt zwischen sozialer Stabilität und wirtschaftlichen Reformen

Verschiedene Dokumente und Stellungnahmen hoher Regierungsvertreter aus den vergangenen Wochen deuten darauf hin, dass die parteistaatliche Führung sich vor einem zunehmend problematischen *trade-off* zwischen der Wahrung sozialer Stabilität und der Durchführung der wirtschaftlichen Reform- und Öffnungspolitik gestellt sieht.

So wurde Anfang Juni eine Studie über soziale Unruhen in China publik, die von einer Forschungsgruppe der Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPCh erstellt worden war und, wenn auch in geringer Auflage, in der Zentralen Pressestelle der KPCh in Beijing angeblich allgemein zugänglich war. Die über 300 Seiten lange Publikation mit dem Titel „Untersuchungsbericht China 2000-2001: Studien zu Widersprüchen im Volk unter neuen Bedingungen“, fasst die Ergebnisse von Erhebungen in elf chinesischen Provinzen zusammen.

Die Studie zeichnet ein alarmierendes Bild der gesellschaftlichen Situation in China. Angesichts wachsender sozioökonomischer Unterschie-

de, insbesondere angesichts des steigenden Einkommensgefälles zwischen Stadt und Land, zwischen fortschrittlichen Küstengebieten und rückständigen Binnenregionen, sowie zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, breiteten sich soziale Unruhen und Konflikte in bedenklichem Maße aus. Auch die grassierende Korruption gebe Anlass für wachsenden Unmut. Besonders stark betroffen seien freigesetzte Arbeitskräfte aus unprofitablen Staatsbetrieben, die zum Teil über lange Zeit ohne reguläres Einkommen auskommen müssten, sowie Bauern, die unter einer steigenden Last willkürlicher Abgaben und Gebühren zu leiden hätten. Neben diesen beiden Gruppen beteiligten sich inzwischen aber auch beschäftigte Arbeitskräfte, Unternehmer, freigesetzte Armeeangehörige und sogar Funktionäre, Lehrer und Studenten an Protestaktionen jeder Art.

Proteste von mehreren tausend oder sogar über zehntausend Personen seien keine Seltenheit mehr. Auch habe die Konfrontationsbereitschaft der Protestierenden zugenommen; typische Protestformen seien die Sperrung von Brücken und Straßen, die Besetzung von Partei- und Regierungsbehörden, die persönliche Bedrohung von Angehörigen lokaler Parteikomitees und Verwaltungsorgane bis hin zur Anwendung von körperlicher Gewalt gegen Funktionäre und Sicherheitskräfte.

Da die offiziellen Medien in China mit der Berichterstattung über gesellschaftliche Unruhen und Konflikte im Regelfall sehr zurückhaltend sind, hat die Studie die Aufmerksamkeit der internationalen Medien auf sich gezogen. Trotz ihrer „Sensationalität“ sollte die Veröffentlichung jedoch nicht dahingehend verstanden werden, dass die soziale Stabilität in China unmittelbar und akut gefährdet sei und nun gewissermaßen die Alarmglocke betätigt werde. Tatsächlich sind die geschilderten Phänomene in der „inoffiziellen“ Öffentlichkeit Chinas (zumindest in den jeweils betroffenen Regionen) schon seit längerem bekannt. Plausibler scheint es vielmehr anzunehmen, dass die Auftraggeber der Studie mit der Publikation beabsichtigen, den Druck auf die Führungsspitze zu erhöhen, den bestehenden sozialen Problemen bei der Ausgestaltung

der Wirtschafts- und Öffnungspolitik mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Dies dürfte insbesondere angesichts des bevorstehenden Beitritts Chinas zur Welthandelsorganisation gelten, in dessen Folge der Wettbewerbsdruck auf die heimische Wirtschaft und damit der soziale Problemdruck noch wachsen wird.

Entsprechend empfiehlt die Studie zum Abbau des sozialen Unruhepotenzials neben einer Stärkung der „sozialistischen Demokratie“, in der die Bevölkerung ihre Interessen besser geltend machen kann, vor allem eine Verringerung des bestehenden Einkommensgefälles durch geeignete wirtschafts- und steuerpolitische Maßnahmen sowie die Errichtung eines Systems sozialer Sicherung für städtische Arbeitskräfte.

Genau hierbei scheinen der Regierung allerdings zunehmend die Hände gebunden zu sein. Wie Ministerpräsident Zhu Rongji wenige Tage nach Erscheinen der Studie in einer viel beachteten Rede vor Studenten der Qinghua-Universität in Beijing deutlich machte, fehle es der Zentralregierung aufgrund der jüngsten außen- und binnenwirtschaftlichen Entwicklung an ausreichenden Finanzmitteln, um geplante Maßnahmen zur Abfederung der drängendsten sozialen Probleme im vorgeesehenen Umfang und Tempo umzusetzen. Zwar seien die Fiskaleinnahmen der Zentrale im Vergleich zu den Vorjahren leicht angestiegen; auch könne das angestrebte Wirtschaftswachstum von über 7% in diesem Jahr erreicht werden. Jedoch seien die Auswirkungen der schleppenden konjunkturellen Entwicklung in den USA und in Europa inzwischen auch in China zu spüren. Im Hintergrund der Ausführungen Zhu Rongjis sind auch Bedenken zu vermuten, dass sich die gegenwärtig betriebene aktive Fiskalpolitik der Zentralregierung zur Stärkung der Binnennachfrage nicht beliebig lange fortsetzen lassen dürfte, da sonst eine neue Inflationswelle drohen könnte.

Mit der angespannten wirtschaftlichen Situation begründete der Ministerpräsident, dass einige im Rahmen des Zehnten Fünfjahresplans vorgesehene Reformmaßnahmen „ein wenig verlangsamt“ werden müssten. Dies betreffe zum Ersten Pläne zur Reduktion der Abgaben und Gebührenlast